

V-08 Leistung anerkennen, Gerechtigkeit schaffen: bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Antragsteller*in: Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 In Deutschland leben offiziell 1,7 Millionen Alleinerziehende - mehrheitlich
2 Frauen - mit minderjährigen Kindern. Das betrifft fast jede fünfte Familie in
3 NRW, inoffiziell noch mehr.

4 Alleinerziehende tragen die Verantwortung für Familie, Einkommen und
5 Fürsorge – und werden dennoch stigmatisiert und strukturell benachteiligt. Diese
6 Benachteiligung trifft auch ihre Kinder und führt zu einer hohen
7 Armutsgefährdung trotz enormer Leistung und einer hohen Erwerbsquote. Mit einem
8 Armutsrisiko von 43 % sind sie so stark von Armut betroffen wie keine andere
9 Familienform. Alleinerziehende Mütter sind häufiger von Armut betroffen als
10 alleinerziehende Väter. Dies liegt u.a. daran, dass alleinerziehende Väter
11 häufiger mit älteren Kindern zusammenleben, und an der ungleichen Verteilung von
12 Care-Arbeit und Beruf vor Trennungen.

13 Dies zeigt: Es braucht endlich politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, die
14 Alleinerziehende stärken, ihre Leistung anerkennen und echte Gerechtigkeit
15 schaffen.

16 BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN NRW setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für
17 Alleinerziehende auf Landes- und Bundesebene zu verbessern:

18 Für ein sicheres Leben ohne Gewalt: Für Kinder und ihre Mütter

19 Jeden Tag werden in NRW fast 100 Frauen Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt.
20 Besonders gefährlich sind Schwangerschaft und Trennungsphase. Fast jeden zweiten
21 Tag wird in Deutschland eine Frau von einem (Ex-)Partner getötet, oft sind
22 Kinder involviert, nicht selten werden auch sie zu Mordopfern.

23 Frauen mit Kindern sind besonders von (Ex-)Partnerschaftsgewalt gefährdet, da
24 sie oft in ökonomischer Abhängigkeit leben und gewaltausübende Väter nach der
25 Trennung bspw. durch Umgang und Familiengerichtsverfahren weiterhin Kontrolle
26 über gewaltbetroffene Frauen ausüben können. Frauen ohne deutsche
27 Staatsbürgerschaft sind dabei besonders vulnerabel, durch aufenthaltsrechtliche
28 Unsicherheiten und die Angst vor dem Verlust des Aufenthaltsstatus oder der
29 Kinder. Daher braucht es dringend die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-
30 Konvention.

31 • Gewaltschutz muss immer Vorrang vor Umgangs- und Sorgerechtsansprüchen
32 haben, denn auch die Kinder sind hier Opfer der Gewalt. Von einem Kind
33 miterlebte Gewalt gegen seine Mutter ist eine spezielle Form der
34 Kindesmisshandlung und widerspricht dem Kindeswohl.

35 • Nicht nur die Justiz, sondern auch Behörden wie das Jugendamt oder auch
36 das Jobcenter und Sozialamt müssen dringend zu allen Formen der

37 Partnerschaftsgewalt, Machtdynamiken und Täterstrategien sensibilisiert
38 werden.

- 39 • Um Frauen vor Zwangskontrolle gewaltausübender Väter zu schützen, muss
40 außerdem weiterhin - anders als von der Bundesregierung geplant - das
41 alleinige Sorgerecht bei nicht-verheirateten Müttern gelten, solange keine
42 Sorgeerklärung abgegeben wurde.

43 Wohnen: für jede Familie ein gutes Zuhause

44 Die aktuelle Wohnungskrise trifft Alleinerziehende, deren Armutsrisiko bei 43%
45 liegt, besonders hart. Dabei ist für das psychische Wohlbefinden von Kindern und
46 ihrem Elternteil eine geeignete Wohnung in einem sicheren Mietverhältnis als
47 stabiler Rückzugsort essentiell. Mit dem Thema Wohnen gehen viele andere
48 Herausforderungen oder Lösungen einher, wie bspw. die Unterstützung durch
49 Gemeinschaft und Nähe zu Infrastruktur.

50 Wir setzen uns ein für

- 51 • eine gezielte Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum an
52 Alleinerziehende.
- 53 • die Vorhaltung von öffentlich gefördertem Wohnraum für gewaltbetroffene
54 Frauen, die aus der gemeinsamen Wohnung mit dem Partner oder einem
55 Frauenhaus ausziehen wollen/müssen.
- 56 • gemeinschaftliche Wohnformen für Alleinerziehende. Beispielsweise durch
57 die öffentliche Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte für
58 Alleinerziehende und den Abbau von Benachteiligung bei Transferleistungen
59 und der Steuerklasse für Alleinerziehende, die in eine Wohngemeinschaft
60 ziehen.
- 61 • Beim Zuschnitt neuer Bauvorhaben von öffentlich gefördertem Wohnraum und
62 Genossenschaften müssen die Anforderungen von Ein-Eltern-Familien, also
63 kostengünstige, kompakte Wohnungen mit einem Schlafzimmer für jede Person,
64 berücksichtigt werden. Eine von der Fläche passende Wohnung ist oft so
65 geschnitten, dass es nicht genügend Schlafzimmer gibt, da Wohnungen immer
66 noch für Singles, Paare und Paarfamilien geplant werden. Bei der Vergabe
67 von Sozialwohnungen muss die Zahl der Zimmer ausschlaggebend sein, auch
68 bei jüngeren Kindern, nicht lediglich die Zahl der Quadratmeter.

69 Unterhaltsvorschuss reformieren: Kinderrechte stärken

70 Wenn ein unterhaltspflichtiger Elternteil den Unterhalt nicht zahlt, geht der
71 Staat in Vorleistung und gewährt einen Mindest-Unterhaltsvorschuss, der laut
72 Gesetz vom zahlungspflichtigen Elternteil zurückgezahlt werden muss. Das
73 Unterhaltsvorschussgesetz sowie die Praxis der unzureichenden Rückforderung sind
74 derzeit höchst ungerecht und benachteiligen vor allem Alleinerziehende und ihre

75 Kinder. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jedes Kind die ihm rechtlich
76 zustehenden finanziellen Mittel bekommt, indem

- 77 • das Kindergeld nicht mehr, wie in der bisherigen Regelung, vollständig vom
78 Unterhaltsvorschuss abgezogen wird.
- 79 • der Anspruch des Kindes auf Unterhaltsvorschuss analog zum
80 zivilrechtlichen Unterhaltsanspruch
 - 81 ◦ bei erneuter Heirat der alleinerziehenden Person bestehen bleibt.
 - 82 ◦ bis zum Abschluss der ersten Berufsausbildung besteht.
 - 83 ◦ auch nach dem 12. Lebensjahr nicht vom Einkommen des
84 betreuenden Elternteils abhängt. Alleinerziehende brauchen keine
85 Arbeitsanreize, sondern ihre Kinder brauchen den Lebensstandard, der
86 ihnen zusteht, auch nach dem 12. Lebensjahr!
- 87 • die Rückgriffquote, die aktuell bei nur 17% liegt, auf
88 unterhaltspflichtige Elternteile deutlich erhöht wird. Dazu soll eine
89 Reform zwischen Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet und eine nationale
90 Inkassostelle nach dem Vorbild des BAföG-Amts eingerichtet werden.
- 91 • die Antragstellung für den Unterhaltsvorschuss vereinfachter, schneller
92 und unbürokratischer erfolgt. Insbesondere darf die Antragstellung nicht
93 von der Alleinerziehenden eine finanzielle Vorleistung im Rahmen
94 gerichtlicher Verfahren, beispielsweise zur Feststellung der Vaterschaft,
95 verlangen.
- 96 • langfristig die Holschuld der Alleinerziehenden durch eine Bringschuld
97 des zahlungspflichtigen Elternteils ersetzt wird. Das heißt, ein
98 Elternteil, das nicht zahlt, muss den Staat um den Vorschuss bitten. Tut er
99 dies nicht, ist automatisch auch die o.g. Inkassostelle zuständig.

100 Diskriminierung bekämpfen: Gleichstellung fördern

101 Obwohl Alleinerziehende extrem viel leisten, erleben sie an vielen Stellen
102 strukturelle Diskriminierung, sei es durch Gesetze oder andere Strukturen und
103 gesellschaftliche Erwartungen. Daher fordern wir

- 104 • die Aufnahme der Familiensituation ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
105 (AGG), inklusive des Status „alleinerziehend“ für effektiven Schutz vor
106 Benachteiligung im Beruf, bei der Wohnungssuche und im Alltag.
- 107 • dass die Hürden, Diskriminierung zu beweisen, gesenkt werden und die Frist
108 zur Geltendmachung von Ansprüchen verlängert wird. Damit sollen mehr
109 Betroffene befähigt werden, sich zu wehren. So kann Diskriminierung
110 wirklich geahndet und durch Präzedenzfälle wirksam entgegengewirkt
111 werden.
- 112 • eine faire Besteuerung. Aktuell werden Alleinerziehende in Deutschland
113 steuerlich etwa doppelt so stark belastet wie im OECD-Durchschnitt. Sie

- 114 versorgen mindestens ein Kind, das nicht arbeiten kann und werden
115 gegenüber verheirateten Paaren aus zwei Erwachsenen steuerlich massiv
116 benachteiligt. Stattdessen sollen Alleinerziehende, insbesondere mit
117 geringem Einkommen, entlastet werden, beispielsweise durch eine
118 Steuergutschrift.
- 119 • Eine Familienversicherung, die alle Familienmodelle berücksichtigt.
 - 120 • dass bei jeder Kindergelderhöhung der SGBII-Regelsatz für Kinder in
121 gleicher Höhe steigt.
 - 122 • volle Lohnfortzahlung für Eltern kranker Kinder. Die Lohneinbußen durch
123 Kinderkranktage treffen Alleinerziehende besonders. Damit Eltern die
124 Gesundheit ihres Kindes und anderer schützen können, müssen diese auch bei
125 Krankheit der Kinder, analog zu eigener Krankheit, volle Lohnfortzahlung
126 bekommen.
 - 127 • Ermöglichung von politischer Teilhabe durch familienfreundliche
128 Strukturen, um ein Mandat ausüben zu können. Der politische Betrieb muss
129 Rücksicht auf Betreuungsrealitäten nehmen. Die eigene politische
130 Beteiligung von Alleinerziehenden ist nicht nur wichtig für eine gerechte
131 Teilhabe, sondern stellt auch sicher, dass bei der Gesetzgebung die
132 Interessen der Alleinerziehenden berücksichtigt werden.
 - 133 • dass der Umgang mit einem anderen Elternteil bei der Berechnung von
134 Ansprüchen nicht zu finanziellen Nachteilen führt. Stattdessen sollen die
135 finanziellen Mehrbelastungen durch Umgang berücksichtigt werden.

136 Leistung muss sich wieder lohnen: Care Arbeit anerkennen

137 Alleinerziehende leisten unglaublich viel und opfern ihre eigene soziale
138 Absicherung oftmals dafür, für ihre Kinder da zu sein. Sie leisten mit ihrer
139 Erziehungsarbeit einen erheblichen gesellschaftlichen Beitrag. Daher schlagen
140 wir vor,

- 141 • Alleinerziehenden für die Betreuung minderjähriger Kinder pro Jahr einen
142 zusätzlichen halben Rentenpunkt gutzuschreiben.
- 143 • Einen Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf flexible und planbare
144 Arbeitszeiten einzuführen.
- 145 • Einen Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf Vorrang bei der Vergabe von
146 Betreuungsplätzen einzuführen.
- 147 • sowie weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut bei
148 Alleinerziehenden zu entwickeln.

149 Als gleichwertige Familienform wollen wir die Lebensrealität von
150 Alleinerziehenden - in engem Austausch mit der Zivilgesellschaft - in allen
151 Bereichen unseres politischen Handelns mitdenken, um strukturelle
152 Benachteiligung einzudämmen.

Begründung

Als Grüne stehen wir für Feminismus und soziale Gerechtigkeit. Durch gerechte Rahmenbedingungen und finanzielle Sicherheit für Alleinerziehende wollen wir Kinderarmut reduzieren und strukturelle Benachteiligungen verringern – zentrale Ziele unserer Politik.

Weiterführende Informationen:

- <https://innn.it/Kindergeld>
- <https://vamv.de/de/presse/pressemitteilungen/unterhaltsvorschuss-zugig-weiter-verbessern/>
- <https://www.buendnis-istanbul-konvention.de/>
- <https://innn.it/gleiche-chancen-fur-alle>
- <https://alltagsheldinnen.org/zahlen-daten-fakten>
- <https://alltagsheldinnen.org/buendnis-gutes-wohnen/>
- <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/zehnter-familienbericht-254310>
- <https://antraege.gruene.de/1bfr26/motherhood-penalty-abbauen-entgeltfortzahlung-bei-der-betreuung-krank-13923>

Unterstützer*innen

Anja Boenke (KV Leverkusen); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Sina Wübbeling (KV Borken); Jens Steiner (KV Borken); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Irina Prüm (KV Leverkusen); Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Claudia Schulte (KV Leverkusen); Wiltrud Lieselotte Kampling (KV Steinfurt); Santharupiny David (KV Leverkusen); Sebastian Windt (KV Borken); Ilka Kuper (KV Borken); Julian Kremer (KV Borken); Kristina Elisa Füchtjohann (KV Steinfurt); Martina Berger (KV Düsseldorf); Maja Becker (KV Borken); Alexandra Diel (KV Herford); Kathrin Im Winkel (KV Dortmund); Sina Paulsen (KV Duisburg); Remigius Hartwig Westermann (KV Borken); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Christina Osei (KV Bielefeld); Rebecca Eidens (KV Köln); Claudia Gornik (KV Köln); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Samir Türpe (KV Borken); Claudia Langenbach (KV Siegen-Wittgenstein); Heike Roebbers (KV Köln); Gertrud Welper (KV Borken); Anja Dürselen (KV Düsseldorf); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Brigitte Kapahnke (KV Bochum); Anke Bliedtner (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Anja Beiers (KV Warendorf); Julia Woller (KV Köln)